

Forum

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **164 (1998)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Reform mit Makel

Der unabhängigen Soldatenzeitung Österreichs «Der Soldat» vom 5. November 1997 entnommen:

«Wieder einmal gibt es eine «Adaptierung der Bundesheerreform». Fünf Jahre nach der Einleitung der «HG-Neu» muss erneut nachgebessert werden. Etwa so wie 1968, fünf Jahre nach der Reform von 1963. Begeisterung kann es dafür keine geben. Und die Protestaktion der Berufsoffiziere ist verständlich.

Doch das Problem ist mehrschichtig. Zum einen haben wieder einmal die politischen Vorgaben nicht gehalten. Weder wurde das Budget mittelfristig auf etwa ein Prozent BIP angepasst – im Gegenteil, es erreichte bisher unbekannte Tiefen von etwa 0,88 Prozent des BIP –, noch wird die Personalentwicklung, wie dringend notwendig, ermöglicht. Mehr als 2000 Planstellen wurden zwischen 1992 und 1997 abgezogen, und die Reduzierung wird, wie angekündigt, weiter fortgesetzt werden. Trotz zahlreicher Angebote dürfen die zum Heer drängenden Zeitsoldaten nicht aufgenommen werden. Hier liegt der wahre und äusserst bedauerliche Grund für die Misere des Heeres. Sie ist nicht neu, sie besteht seit seiner Gründung. Die verantwortlichen Regierungen haben nicht den Mut, dem Heer das zu geben, was es benötigt: Geld und Personal «zum Leben».

Daraus resultiert überwiegend die unbefriedigende Situation im Heer. Zu viel Optimismus und «Blauäugigkeit» führten zur «HG-Neu». Dass es deshalb jetzt zu einschneidenden Massnahmen kommen musste, war vielen klar und auch geboten. Diese Regierung wird dem Heer keinen Groschen mehr geben, sondern wird – trotz vieler Lippenbekenntnisse – dem Heer auch weiterhin «den Saft zum Leben» entziehen. Die Ankündigungen für ein zu beschliessendes «Berufsheer» lassen das Schlimmste befürchten. Und wenn man bereits jetzt darüber klagt, dass viele Garnisonen geschlossen und Truppen aufgelöst werden, so wird man erst dann sein blaues Wunder erleben: 12500 bis 20000 Mann Gesamtstand des Heeres (einschliesslich Zivilpersonal und je nach Partei, die einen wollen sogar auf die gesamte Fliegertruppe und auf die Miliz verzichten!) und Auflösung bis zu

80 Prozent aller Truppen und Garnisonen! Was also jetzt mit der «Anpassung» geschieht, ist nichts anderes, als ein Versuch, sich mit eigenen Kräften halbwegs aus der Misere zu retten. Über schmerzliche Details mag man wahrscheinlich anderer Ansicht sein, aber der generelle Trend scheint angesichts der innenpolitischen Lage richtig zu sein. Dennoch bleibt der nicht zu leugnende Makel der Vernachlässigung des Heeres an der gesamten Regierung haften.»

Zur zukünftigen Armee – ein Diskussionsbeitrag

Am 10. November 1997 äusserte sich Nationalrat U. Maurer, Präsident der SVP Schweiz, im «Pressedienst SVP» unter dem Titel «Abspecken anstatt Muskeln verlieren» zur zukünftigen Gestaltung der Armee. Der Inhalt dieses Artikels ist insgesamt so schwach, dass man darüber hinweggehen könnte, würde sich nicht ein auf Landesebene einflussreicher Politiker damit identifizieren.

Als Armeebefürworter mag man noch darüber hinwegsehen, dass Argumente und Schlagworte im erwähnten Beitrag grösstenteils der Mottenkiste des TID entstammen. Dass aber bei der Lektüre der bestimmte Eindruck entsteht, der Autor habe überhaupt nicht begriffen, wie radikal sich die Lage unseres Landes und damit die Aufgabenstellung für die Armee verändert haben, ist bedenklich. Es ist deshalb angebracht, dazu ein paar Überlegungen anzustellen.

Einer Armee (= die «Bewaffnete») kommt heute nach westlicher Auffassung die Aufgabe zu, im Verbund mit den andern strategischen Mitteln eines Landes die Bevölkerung notfalls mit Gewalt vor Aggressoren zu schützen und die Durchsetzung des Völkerrechtes zu unterstützen. Da Wirtschaft und Kommunikation die Lebensgrundlagen eines Staates bilden, wechseln auch die strategischen Interessen eines Landes in dem Masse, wie sich Wirtschaft, Technologie und Kommunikation verändern. Dies zwingt dazu, den Einsatz der strategischen Mittel *laufend* zu überdenken und anzupassen.

Im Mittelalter war es in unserer Gegend allgemein möglich, sich gegnerischen Aggressionen durch Rückzug auf Burganla-

gen zu entziehen. Als Folge wirtschaftlicher Veränderungen wurden in der Neuzeit die Städte zu Wehranlagen ausgebaut; damit konnten wichtige Ressourcen dem Feind entzogen werden. Immer aber trachtete man danach, den Gegner ausserhalb dieser Schutz- und Trutzanlagen zu schlagen. Mit der Bildung der Nationalstaaten und Autarkie ging man über zur Befestigung der Landesgrenze, zur «Landesverteidigung». Damit wurde ein umfassender Schutz der Bevölkerung und des entscheidenden Wirtschaftspotentials angestrebt. Für einen Klein- und Binnenstaat war damit aber der Nachteil verbunden, einen möglichen Krieg im eigenen Lebens- und Wirtschaftsraum führen zu müssen. Die Zeit scheint bei uns aus dieser Not eine unangefochtene Tugend gemacht zu haben.

Angesichts der wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten, der machtpolitischen Veränderungen und der Möglichkeiten zukunftssträchtiger Waffensysteme lässt sich logischerweise ableiten, dass eine Landesverteidigung im Sinne von 1940 im Jahre 2000 weder der Weisheit letzter Schluss sein kann, noch praktisch machbar wäre. Unsere Armee gehört dorthin, wo sie im Rahmen eines zu formulierenden Auftrages und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht einen Beitrag leisten kann, damit unser Staatswesen erhalten und funktionstüchtig bleibt. Das heisst, sie muss in der Lage sein, Aufträge im In- wie im Ausland – ihrer eigentlichen Bestimmung gemäss bewaffnet – erfüllen zu können. Solche Einsätze sollten nicht in mehrdeutiger Diplomatensprache mit «Friedensförderung» oder «Solidaritätsaktion» umschrieben werden; ihr Hauptzweck darf nichts anderes sein als die Wahrung der Interessen unseres Staates. Darauf hat unser Land so gut ein Anrecht wie jedes andere auch.

Ob wir dabei gewisse Aufgaben allein oder mit andern zusammen lösen, wird eine Frage der Mittel und der gemeinsamen Interessen sein.

Dass wir in Zukunft durch unsere Nachbarstaaten angegriffen würden, ist wohl so gut auszuschliessen wie es undenkbar ist, dass der Kanton Bern den Kanton Jura militärisch angriffe.

Aufgrund dieser Überlegungen kann abgeschätzt werden, dass eine zukünftige Armee einen ungefähren Bestand von 150000 Angehörigen haben soll-

te, wobei Teile davon innert Tagen einsatzbereit sein müssten.

Sollten die gegenwärtigen Aufträge an unsere Armee nicht angepasst und keine Armeereform an Haupt und Gliedern vorgesehen werden, ist es offensichtlich, dass diejenigen, welche die Ausgaben für die Landesverteidigung halbieren wollen, im kommenden Abstimmungskampf über die besseren Argumente verfügen werden als die Verteidiger des Status quo.

Wenn unser Parlament sich daran machen wollte, nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Zukunft zu bewältigen, fände es hier eine interessante Herausforderung.

Andreas Stalder
Berufsoffizier
4323 Wallbach AG

Das Problem Berufsheer am Beispiel Belgien

Das Sicherheitspolitische Bulletin der österreichischen Offiziersgesellschaft präsentiert Auszüge aus einer Rede des belgischen Verteidigungsministers Jean-Paul Poncelet, welche dieser am 30. April 1996 vor dem französischen Parlament gehalten hat.

Er wurde eingeladen, seine Erfahrungen zur Professionalisierung der belgischen Streitkräfte darzulegen.

Erkenntnisse:

■ Ein wichtiges Bindeglied zwischen Armee und Nation ging verloren.

■ Der Wehrdienst förderte die Integration und den sozialen Zusammenhang.

■ Mit den Wehrdienstleistenden standen auch junge Akademiker zur Verfügung.

■ Die Zusammenarbeit mit den Streitkräften der europäischen Länder musste verstärkt werden.

■ Eine Umstrukturierung ist schwer umkehrbar.

■ Der Schritt zum Berufsheer ist teuer. Louis Geiger ■

Kurs für militärische Mitarbeiterinnen

Interessiert?
Es sind noch Plätze frei.
Inhalt und Anmeldung:
siehe ASMZ 10/97, Seite 25.